

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Rieser
Hermann Nr. 20
Sokolow Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Czochobain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Reichen behördlicherseits bestimmter Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1880
Grosche
Rieser Nr. 22

Nr. 62.

Freitag, 14. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrags von Produktionsversicherungen, Leistungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und... vorwärts zu bezahlen; eine Gewehr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versät, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die veränderte Lage.

an. Berlin. Zwischen gestern und heute hat sich ein neues Bild ergeben. Man sprach im Reichstag von einer Verhütung der Lage, da man die Aussicht hatte, daß die Weimarer Koalition die Schwerlasten meistens könne. Nun war der Führer der Bayerischen Volkspartei, Herr Dr. Heß in Berlin, hat hier irgend eine Parole ausgegeben, die vielleicht durch das geringe Entgegenkommen in der Biersteuer veranlaßt wurde und die Bayerische Volkspartei trat bei der Abstimmung über die Youngsche Note aus der Reihe. Die Verhandlungen haben eingeseht, und es scheint, als ob man die Deutsche Volkspartei nicht übergehen möchte.

Am Montag, so liegen die Dispositionen, soll dem Reichstag die Vorlage der Regierung über die Finanzsanierung zur Beratung vorliegen. In bis dahin zwischen der Weimarer Koalition oder mit der Deutschen Volkspartei keine Verständigung erzielt, wird sich, nach unseren Informationen, folgendes abspielen: Die Deutsche Volkspartei wird die Vertagung in die Kommissionen beantragen, einmal um Zeit zu gewinnen, sodann — wie sie angeben wird — um festzustellen, ob in der Kommissionsberatung noch Veränderungen nach ihren Wünschen möglich sind. Inzwischen dürfte der Volksparteiliche Parteitag in Mannheim zusammenzutreten, dem die letzte Entscheidung vorbehalten wird.

Innerhalb der Deutschen Volkspartei sind bekanntlich zwei Richtungen vorhanden. Dagegen nimmt man an, daß der Parteitag eine starke Mehrheit für den Bruch mit der Koalition, besonders mit den Sozialdemokraten, aufbringen wird. Die Stimmung der Wähler geht dahin, daß die außerpolitischen Aufgaben, die nur mit den Sozialdemokraten zu erfüllen waren, nach der Verabschiedung der Youngsche Note erledigt seien, und nun innenpolitische Fragen eine andere Koalition verlangen. Man könnte mit den Sozialdemokraten keine Innenpolitik machen und die Probleme lösen, die dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft dienen sollen. Entscheidend der Parteitag in diesem Sinne, so wird die Volkspartei Gelegenheit suchen und finden, den lange schon geplanten Bruch vorzunehmen. Es kann freilich auch noch anders kommen. Und so sieht man die Situation heute wieder einmal anders, ganz eine weitere Mitarbeit der Deutschen Volkspartei nicht ganz ausgeschlossen ist. Erst am 22. März kann man in dessen völlige Klarheit haben.

Wird der Bruch jedoch vollzogen, findet sich die Weimarer Koalition nicht zusammen und ist die Auflösung des Reichstags notwendig, so bleibt zu überlegen, ob die Deutsche Volkspartei den richtigen Augenblick gesucht hat, um in einer Wahlkampf bestehen zu können. Darüber sind die Meinungen geteilt. Aber auch in der Deutschen Volkspartei sieht man ein, daß die volksparteilichen Bedingungen in den Finanzfragen keine Schlagkraft haben, zumal die vielfache Veränderung dieser Bedingungen im Lande Verwirrung hervorgerufen hat, so daß man gar nicht mehr weiß, was die Volkspartei eigentlich wollte, weshalb sie sich gegen eine Verständigung wehrte, was sie veranlaßte, selbst die Mahnung der Großindustrie zu überhören. Bliebe in einer Wahl allein der Kampf gegen die Sozialdemokraten. Hier aber würde die Deutsche Volkspartei aufgeben, denn die Parteien rechts von ihr würden im Wahlkampf den Kampf gegen die Sozialdemokraten mit anderen Schlagworten und anderen Mitteln führen. Diese Seite beachtend, bemühen sich denn auch überlegende Abgeordnete der Partei die prinzipiellen Fragen mehr herauszuschälen, andere wiederum, eine Verständigung anzubahnen. Heute heißt es, die Volkspartei würde wieder mit sich sprechen lassen, wenn die Kapitalertragssteuer befreit würde. Man wird zugeben müssen, daß an dieser Forderung eigentlich keine Verständigung scheitern dürfte, daß die Volkspartei, weil diese Forderung nicht durchgängig ummöglich gerade die Kapitalsteuer zur Maßnahme machen könnte. Das neue politische Gesicht sieht keine Partei in rosigem Schimmer. Jede erkennt die Verantwortung, die sie übernimmt, wenn sie den Bogen überspannt, aber es ist heute zu überlegen, daß kein Youngplan mehr demmend wirkt.

Das Schankstättengesetz vom Ausschub angenommen.

odt. Berlin. Der Volkswirtschaftliche Ausschub des Reichstags führte am Donnerstag die zweite Lesung des Schankstättengesetzes zuende. Der Beschluß der ersten Lesung, der die Auspreisung von alkoholischen Getränken in öffentlichen Verkehrsanstalten und Verkehrsmitteln verboten wurde wieder gekrichen. Neu eingeklagt wurde eine Bestimmung, wonach Forderungen eines Gast- oder Schankwirts auf den Ausschub von Branntwein künftig wieder eingeklagt noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden können, wenn sie Verlangen gekundet worden sind, die dem Gast- oder Schankwirt eine frühere Schuld gleicher Art noch nicht bezahlt haben. Dasselbe gilt für Forderungen aus der Abgabe von Branntwein im Kleinhandel. Als Stundung gilt nur die Verfrachtung der Abgabe über den Zeitpunkt hinaus, in dem der Gast die Wirtschaft verläßt.

Zur Unterzeichnung des Haager Gesetzgebungswerks. Hindenburgs ernste Mahnung zur Einigkeit.

in Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat befehlen gestern das den Young-Plan enthaltende Gesetz über die Haager Konferenz 1929/30 und die damit in Verbindung stehenden Gesetze ausfertigt und ihre Verkündung im Reichsgesetzblatt veranlaßt und gibt folgenden Befehl:

Während des Kampfes um Annahme oder Ablehnung des Young-Planes sind mir von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen viele Hunderte von Zuschriften zugegangen, die von Sorgen für die Zukunft unseres Vaterlandes erfüllt, mich in dringenden Worten bitten, das Zustandekommen des Young-Planes durch die Berücksichtigung meiner Interessen unter die Gesetze und Ratifizationsurkunden zu verhindern. Da ich mich mit allen denen, die sich teils mit kurzen Protesten, teils mit langen Ausführungen an mich gewandt haben, nicht einzeln auseinandersetzen kann, gebe ich nachstehend meine Antwort auf diesem Wege:

Schweren, aber festen Herzens habe ich nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung die Young-Gesetze mit meinem Namen unterschrieben. Nach Anhörung von Befürwortern und Gegnern des Planes, nach sorgfältiger Abwägung des Pro und contra bin ich zur Überzeugung gelangt, daß trotz der schweren Belastung, die der Neue Plan dem Deutschen Volk an lange Jahre hinaus auferlegt, und trotz der großen Bedenken, die gegen manche seiner Bestimmungen erhoben werden können, der Young-Plan im Vergleich zum Dames-Plan eine Besserung und Entlastung darstellt und wirtschaftlich und politisch einen Fortschritt auf dem schwereren Wege der Verweigerung und des Wiederaufbaus Deutschlands bedeutet. In einer Ablehnung konnte ich mich im Gefühl meiner Verantwortung für Deutschland und seine Zukunft nicht entschließen, da die Folgen einer solchen für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen unabsehbar sein und schwere Krisen mit allen ihren Gefahren für unser Vaterland bringen würden. Ich bin mir durchaus bewußt, daß auch die Annahme des Young-Planes aus nicht von allen Sorgen für die Zukunft befreit; aber ich glaube trotzdem zuversichtlich, daß der namentlich eingeschlagene Weg, der dem besten Gebiet die lang ersehnte Freiheit und uns allen die Erwartung weiterer Fortschritte gibt, sich als der richtige erweisen wird.

Viele der Zuschriften haben in wohlmeinender Absicht an mich persönlich die Bitte gerichtet, meinen, des früheren

Oberführer's Namen nicht dadurch vor der Geschichte zu verbunkeln, daß ich mit ihm diese Gesetze decke. Hieran erwidere ich: Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung, in der alten Armee, verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterland zu tun. Deshalb habe bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurückzutreten. So konnte auch der Gedanke, durch einen Volkswahl oder meinen Rücktritt die Verantwortung von mir abzuweihen, bei mir nicht Boden finden.

Der parlamentarische Kampf um die Young-Gesetze ist mit deren Verkündung im Reichsgesetzblatt zu Ende; damit muß nun auch im deutschen Volk der Streit um diese Frage beendet sein, der so viel neue Gegenstände hervorgerufen und die von mir von jeder so schmerzhaft empfundenen Zerrissenheit in unserem schwer geprüften Vaterlande hart erweitert hat. Ich richte daher an alle deutschen Männer und Frauen die ernste Mahnung, sich ihrer Pflichten gegenüber dem Vaterlande und der Zukunft der Nation bewußt zu sein und sich nun endlich unter Überwindung des Trennenden und Gegenwärtigen zusammenzufinden in gemeinsamen Wirken für unsere Zukunft, in der es wieder ein freies, geländes und hartes Deutsches Volk geben soll. Die politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe der letzten Monate müssen nunmehr einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen, welche die Befriedung unserer Finanzen, die Belebung unserer gesamten Wirtschaft und damit die Befestigung der unerschütterlichen Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Überwindung der schweren Lage der deutschen Bauwirtschaft und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität zum Ziele haben muß. Ich habe der Reichsregierung die Erledigung dieser Arbeit in einem Schreiben an den Herrn Reichskanzler vom heutigen Tage zur Aufgabe gestellt und fordere hiermit gleichzeitig alle Deutschen an, sich über die Grenzen der Parteien hinaus zur gemeinsamen Mitarbeit die Hände zu reichen. Vor bald 60 Jahren habe ich bei der Reichsgründung den Jubel miterlebt, der das gesamte deutsche Volk über seine endlich erreichte Einigkeit befeuerte; ich kann mir nicht denken, daß dieser Geist dahingewandden ist und dauernder innerpolitischer Zwietracht Platz gemacht hat. Wir müssen uns trotz und wegen der Not der Zeit an uns selbst bekennen und wieder eins werden in dem Gedanken: Deutschland über Alles!

Ein Notgesetz für die Landwirtschaft gefordert.

* Berlin. Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes, die am Mittwoch in Berlin stattfand, fasste die Forderungen des Reichslandbundes zur grundlegenden Bedeutung der Agrarfrage in folgender

Entschlieung

aufammen: Die Vertreterversammlung bekennt sich in vollem Umfange zu den Forderungen, die durch die Grüne Front der Reichsregierung beauftragt worden sind. Das im Reichslandbund zusammengeschlossene Landvolk steht vereint und gerührt hinter den Führern, verlangt aber die Befestigung des Reichslandbundesministeriums, sofern auch jetzt noch nicht die Forderungen der Landwirtschaft umgehend durchgeführt werden.

Die Vertreterversammlung stellt fest, daß die eingetretene Katastrophe in der Landwirtschaft weder von der Öffentlichkeit noch von den verantwortlichen Regierungskreisen erkannt wird. Die Entschlieung wird bereits zur Gefahr für die Gesamtwirtschaft und die staatliche Ordnung. Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit in allen Schichten des Landvolkes sind die unabsehbaren Folgen dieser Entschlieung. In verschiedenen Gebieten, insbesondere aber im Osten, sind unter diesem wirtschaftlichen und seelischen Druck bereits Betriebsveränderungen und -einschränkungen eingetreten, die den Ausfall der kommenden Ernte bedenklich beeinflussen können.

Das Tempo des landwirtschaftlichen Zusammenbruchs erhält neuen Antrieb durch den, soweit bekannt geworden, für die Landwirtschaft unerträglichen polnischen Handelsvertrag. Seine vernichtenden Wirkungen sind teilweise schon im jetzigen Zustande der Verhandlungen sichtbar geworden. Das Schicksal des Ostens wäre durch eine Annahme zunächst wirtschaftlich und in weiterer Folge auch nationalpolitisch besiegelt. Wegen dieser Entwicklung mit allen Mitteln anzukämpfen, ist nicht nur das Recht der Landwirtschaft, sondern Pflicht des ganzen Volkes.

In letzter Stunde erwartet der Reichslandbund von besserer Stelle die Erhöhung aller verfassungsmäßigen

Möglichkeiten zur Anwendung namenhaften Anstalts. Insbesondere fordert der Reichslandbund außer sofortiger Durchführung der von der Grünen Front geforderten handelspolitischen Maßnahmen für die gesamte deutsche Landwirtschaft ein Notgesetz, welches vorzieht: 1. Instandsetzung auf Reichsbankdiskont, 2. Steuer- und Lastensenkung im weitestem Umfange, 3. Schaffung eines Betriebsunterstützungsfonds, um unverschuldete stützende Betriebe auf dem Vergleichewege retten zu können, 4. allem vorweg dem Osten bis zur Wiedererlangung der immer wieder versprochenen Lebensgrundlagen einen allgemeinen Zahlungsanstand zu verschaffen.

In Ergänzung selbstverständlicher Verpflichtungen staatlicher Organe ruft der Reichslandbund das Landvolk an, das Rettungswerk selbst zu fördern. Solange eine Besserung der Lage nicht sichtbar wird, erwarten wir von der gesamten Landwirtschaft im Interesse der Selbsterhaltung rücksichtslose Durchführung unserer immer und immer wieder betonten Selbsthilfemaßnahmen: 1. Schränkt Euer Wirtschaft so ein, daß die Ausgaben auf das geringste Maß herabgedrückt werden, 2. laßt nichts, was den Schuldenstand Eurer Wirtschaft auch nur um einen Pfennig erhöht, 3. wehrt Euch gegen Steuern und Lasten, die Ihr nicht tragen könnt, mit den äußersten gesetzlichen Mitteln.

Der Kampf um Euer Existenz hat bereits ernste Formen angenommen. In der Endentscheidung wird es sich erweisen, daß der deutsche Bauer nicht kampflös untergeht. Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes genehmigt ferner einstimmig die finanzpolitischen Forderungen, die sich auf folgende Gegenstände beziehen: Änderung des Reichsfinanzausgleiches zugunsten der leistungsschwachen Länder, erhebliche Senkung der von Ländern und Gemeinden vom landwirtschaftlichen Vermögen erhobenen Realsteuern, Befreiung der Rentenbankgrundschuldzinsen, Verringerung der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie der Vermögenssteuer zugunsten der Landwirte und Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer um 50 v. H. Außerdem fordert der Reichslandbund durchgreifende Hilfe auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Kreditwesens.

Auf Forderungen aus dem Ausschub an zur Beherbergung aufgenommene Gäste und auf Forderungen aus dem Ausschub der üblicherweise als Zubehör zu Maßhalten erlosat, findet diese Vorschrift keine Anwendung. Im übrigen wurden die Beschlüsse der ersten Lesung im wesentlichen bestätigt. Genehmigt wurde auch der § 28, der die besonders

gelagerten bayerischen Verhältnisse betrifft und zum Ausdruck bringt, daß auch künftig der Ausschub selbstverleugertes Getränke in Bayern ohne Erlaubnis statthaft ist. In der Schlussabstimmung wurde das Schankstättengesetz mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten bei Stimmenthaltung des Abg. Sparrer (Dem.) angenommen.